

530.500 t im Werte von 233 Mio. bzw. 171 Mio. US\$ importiert. Der chinesischen Zollstatistik zufolge erreichten die Einfuhren im gleichen Zeitraum 640.200 bzw. 547.300 t im Gegenwert von 596 Mio. bzw. 691 Mio. Yuan. (NfA, 15.1.87; XNA, 6. und 9.1.87) -lou-

\*(36)

#### Innere Mongolei: Gute wirtschaftliche Ergebnisse

Der industrielle Bruttoproduktionswert der Inneren Mongolei betrug 1986 ca. 10,326 Mrd. Yuan. Das durchschnittliche Wachstum während des Zeitraums 1984 bis 1986 betrug 9,2%. Dies sind Zahlen, die das Regionale Statistikamt bekanntgab. Das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen der ca. 1 Million Hirten in der autonomen Region war in drei aufeinander folgenden Jahren höher als 500 Yuan. Das Einkommen lag damit um ca. 100 Yuan höher als der nationale Durchschnitt der Bauern.

Die Innere Mongolei hat Kooperationsprojekte mit 250 Gebieten bzw. Städten im ganzen Lande vereinbart. Die ca. 900 Fabriken der Region haben 350 große, mittlere und kleine wirtschaftliche Vereinigungen mit mehr als 1.000 Partnern in anderen Teilen des Landes abgeschlossen. Auf diese Weise waren die Fabriken in der Lage, ihren jährlichen Bruttoproduktionswert um 300 Mio. Yuan zu steigern.

Wie das Statistikamt der autonomen Region weiter mitteilte, hat die Innere Mongolei Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit mehr als 60 Ländern und Regionen in der Welt. Die bislang absorbierten ausländischen Fonds in Höhe von 54 Mio. US\$ sind bescheiden; sie wurden dazu genutzt, Betriebe im Bereich der Baumaterialien, der Chemie und der Metallurgie zu entwickeln. 56 Produktionslinien für die Bereiche Metallurgie, Wolltextilien, Färberei, Bekleidung und Brauerei wurden importiert. Mit ausländischen Mitteln wurden 151 mittlere und kleinere Kohlezechen gebaut bzw. ausgebaut. (XNA, 19.1.87) -lou-

\*(37)

#### Hochzeitskosten

Im Mai 1986 begannen die chinesischen Konsumentenvereinigung und das Zentralkomitee der Kommunistischen Jugendliga mit einer Umfrage über die Hochzeitszeremonien und -kosten in zwanzig

Städten des Landes. Nach den nun vorliegenden Ergebnissen hat sich die Summe, die für die Hochzeitsfeierlichkeiten und die Einrichtung eines Haushalts ausgegeben wird, seit 1970 ständig erhöht; ganz besonders hoch war der Anstieg in den letzten Jahren. Durchschnittlich wurde von den Ehepaaren 3.600 Yuan in den Jahren 1981 bis 1982 ausgegeben, in den Jahren 1985 und 1986 stiegen die Ausgaben auf 5.000 Yuan. Eigentlich würden die jungen Ehepaare im Durchschnitt 6.500 Yuan ausgeben, in den großen Städten, wie z.B. Guangzhou und Wuhan, belaufen sich diese Summen auf 8.000 Yuan.

Die Umfragen zeigen, daß die Eltern normalerweise die Hälfte der Gesamtausgaben beisteuern. Die jungen Ehepaare feiern ihre Hochzeiten nicht immer so, wie sie selbst wünschen, doch sie fügen sich den Wünschen der Eltern, die oft durch Tradition und manchmal durch Feudalismus bestimmt werden.

Ca. 44% der Eheleute gaben an, daß sie eine Hochzeitsreise machen wollten, doch nur 29,5% machten tatsächlich eine Hochzeitsreise.

In dem Zeitraum von 1970 bis 1986 stiegen die Ausgaben um 60% für Kleidung und Bettzeug, um 180% für Schwarz-weiß-Fernsehergeräte, Kassettenrecorder, Ventilatoren und Waschmaschinen sowie 400% für Farbfernsehergeräte, Kühlschränke und Fotoapparate.

71% der neu Verheirateten wünschen, getrennt von ihren Eltern zu leben, doch nur die Hälfte sind dazu in der Lage, und zwar wegen der Knappheit an Wohnraum. 49,9% der neu verheirateten jungen Paare verfügen über einen Wohnraum von weniger als 6 qm, 16,3% haben weniger als 3 qm. 49% der Befragten erklärten, daß sie eine Wohnung kaufen würden, und zwar in der Preisklasse zwischen 120 und 130 Yuan pro qm. (XNA, 10.1.87) -lou-

\*(38)

#### Einkommensverhältnisse der Bauern

Eine in der "Jingji Ribao" veröffentlichte repräsentative Umfrage bei 1.763 Bauernhaushalten in zwölf Provinzen, regierungsunmittelbaren Städten und autonomen Regionen, darunter Shandong, Jiangsu, Guangdong, Liaoning, Xinjiang und Tianjin, zeigt, daß die Hälfte von ihnen ein durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen von mehr als 400 Yuan pro Jahr hatten. 14,1% von ihnen hatten ein Durchschnittseinkommen pro Kopf

und Jahr von weniger als 200 Yuan. Dieser Betrag wird als Armutsgrenze angesehen. Aus dieser Untersuchung geht auch hervor, daß die Bauern 54% ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben, 20% für Güter des täglichen Bedarfs und Konsumgüter, 14% für Wohnung sowie 12% für Kleidung und Brennstoff.

Nach Aussagen des stellvertretenden Gouverneurs der Provinz Guizhou, Zhang Shukui, seien im Jahre 1986 weitere 870.000 Bauern in der Lage gewesen, ihr Auskommen zu finden. Sie machen 10% der armen Bauern in der Provinz aus. Diese gehören den ethnischen Minderheiten an, die in 26 entlegenen und bergigen Kreisen wohnen.

In der unterentwickelten südwestlichen Provinz Chinas, die als ärmste Provinz des Landes gilt, wird eine ländliche Familie dann als arm bezeichnet, wenn sie pro Kopf der Familienangehörigen nicht mehr als 200 Yuan und 200 kg Getreide jährlich bezieht.

Um den Armen zu helfen, hätten die Behörden 446 Projekte im Bereich der Industrie, der Landwirtschaft, des Erziehungs- und Gesundheitswesens im Werte von 133 Mio. Yuan in Gang gebracht; des weiteren seien 33.880 t Kunstdünger zur Verfügung gestellt worden. Die staatlichen Getreideankaufquoten sowie die Steuern seien für die armen Kreise reduziert worden. Ca. 8.100 Techniker seien in die Kreise entsandt worden, um technische Beratung anzubieten. Sie halfen dabei, 750.000 Bauern auszubilden. (XNA, 23.12.86 und 24.1.87) -lou-

## Taiwan

\*(39)

#### Politische Liberalisierung geht langsam weiter voran

Am 9. Januar hat der Exekutiv Yuan (Kabinett) dem Gesetzgebungs Yuan (Parlament) eine Vorlage des "nationalen Sicherheitsgesetzes für die Zeit der Mobilmachung zur Bekämpfung der Rebellion" unterbreitet. Das geplante Gesetz soll nach der Ankündigung der Regierung das seit 1949 auf der Insel herrschende Notstandsgesetz ersetzen. Die Vorlage hat insgesamt nur 10 Artikel (LHB u. ZYRB, 9.1.87). Laut Artikel 2 dürfen Versammlungen und Vereinigungen von Bürgern nicht der Verfassung bzw. der antikommunistischen Politik des Staates widersprechen oder separatistische Gedanken befür-

worten. Außerdem sollen sie durch ein anderes Gesetz geregelt werden. Das Demonstrations- und Streikrecht wurde in dem Entwurfstext nicht erwähnt.

Für die Aus- und Einreise benötigen die Bürger weiterhin eine Genehmigung der Polizeibehörde, die dem Innenministerium unterstellt ist (Art.3). Ein Verstoß dagegen kann mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft werden (Art.6).

Im Vergleich zu dem Notstandsgesetz läßt sich eine echte Liberalisierung nur in Artikel 8 sehen, wonach sich eine Zivilperson nicht mehr dem Militärgericht unterwerfen muß.

Am 20. Januar hat das Verteidigungsministerium weitere 26 politische Häftlinge freigelassen, darunter auch den bekannten Oppositionellen Yao Jiawen. Nach Angaben des gleichen Ministeriums wurden in der letzten Zeit insgesamt 55 gefangengehaltene "Rebellen" auf Bewährung frühzeitig entlassen (LHB, 21.1.87).

Laut Pressemeldung will die Regierungspartei Guomindang (Kuomintang) ihren Einfluß in den Hochschulen abbauen, um damit den Studenten mehr Demokratie und Meinungsfreiheit zu gewähren (FCJ, 19.1.87). In den letzten Jahren hat es vor allem an der Taiwan-Universität Unmut und Demonstrationen gegen die Manipulation bei den Wahlen der Studentenvertretungsorganisationen und über die Zensur der Studentenpresse seitens der Partei gegeben. Eine Kommission von 10 Professoren und 3 Studentenvertretern der genannten Universität diskutiert über die künftige Art und Weise der Zensur. Die Parteistelle "Xundaochu" hat nach ihren Angaben diese Befugnis bereits an den von den Studentenorganisationen selbst gewählten Tutor abgegeben (Taiwan Gonglunbao, N.Y., 22.1.87).

Auch die Schüler haben nun gemäß eines neuen Beschlusses des Bildungsministeriums vom 12. Januar die Freiheit ihre eigene Frisur zu wählen. Bisher galt in Taiwan für alle Schulen ein "Haarerlaß", der die Länge und den Haarstil genau vorschrieb: Schulmädchen durften ihre Haare nicht länger als einen Zentimeter unterhalb des Ohrläppchens tragen und die Haare der Schuljungen durften nicht länger als drei Zentimeter sein; Dauerwellen waren überhaupt nicht erlaubt. Nach der Aufhebung des "Haarerlasses" dürfen sie die Haare nach ihrer Fassung tragen, solange es nur "nett, ordentlich, einfach, adrett,

leicht zu pflegen ist und das Erkennen eines Schülers bzw. einer Schülerin ermöglicht" (Central News Agency, 16.1.87; FCJ, 19.1.87). -ni-

\*(40)

#### Wahlen der 22 zusätzlichen Mitglieder des Kontrolllyuan

Am 10. Januar wurden 22 zusätzliche Mitglieder des Kontrolllyuan neu gewählt. Der Kontrolllyuan, der in etwa dem Oberhaus eines Parlamentes entspricht, hat hauptsächlich die Funktion, Rechtsbrüche und Pflichtversäumnisse der Politiker anzuklagen. Im Unterschied zu dem Gesetzgebungslyuan oder der Nationalversammlung sind die Mitglieder des Kontrolllyuan nicht vom Volk direkt, sondern durch die Parlamente auf Provinzebene gewählt. So wählte diesmal das Parlament der Provinz Taiwan 12 und der zwei provinzfremden Städte Taipei (Taipei) und Kaohsiung (Gaoxiung) jeweils 5 Mitglieder. Unter den 22 Gewählten gehören 18 zu der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang), je einer zu der Minjindang (Demokratische Fortschrittspartei) und der Qingniandang (Jugendpartei) sowie zwei, die keiner politischen Organisation angehören (ZYRB u. LHB, 11.1.87; Shibao Xinwen-zhou-kan, Taipei, 13.-19.1.87).

Sowohl in den Provinz- als auch in den zwei Stadtparlamenten hat die Guomindang überwiegend die absolute Mehrheit. Gemäß der vor einigen Jahren novellierten Bestimmungen für die Wahlen der zusätzlichen Mitglieder des Kontrolllyuan kann jeder Abgeordneter bis zu 5 Kandidaten im Provinzparlament und bis zu 2 Kandidaten in den zwei Stadtparlamenten wählen. Nach Regierungsangaben richten sich diese neuen Bestimmungen über Mehrstimmen für einen Wahlberechtigten gegen die illegale Stimmenwerbung durch Geldmittel. Doch hat das Geld auch bei den jüngsten Wahlen eine große Rolle gespielt. Zumindest in der Stadt Kaohsiung hat ein von der Regierungspartei nominierter populärer Kandidat gegen einen finanzkräftigen Kandidaten, der zwar zu derselben Partei gehört, aber nicht von ihr nominiert wurde, die Wahl überraschend verloren.

Die erst vor kurzem gegründete Oppositionspartei Minjindang warf der Regierungspartei Wahlmanipulation sowie den einzelnen Kandidaten Stimmenkauf vor und boykottierte daraufhin die Wahlen. Am Wahltag haben die Anhänger der

Opposition die Tore aller drei Parlamentsgebäude blockiert, um so den Gang zur Wahl zu verhindern. Dabei gab es gewalttätige Auseinandersetzungen. Ein Teil der oppositionellen wahlberechtigten Abgeordneten, die dem Boykott nicht folgen wollten, mußten unter starkem Polizeischutz in die Wahlgebäude geführt werden - ein Abgeordneter hatte sich sogar mit einer Kreuzhacke bewaffnet.

Wenn die Regierungspartei es gewollt hätte, so hätte sie mit dem neuen Wahlsystem von Mehrstimmen für einen Wahlberechtigten alle zur Wahl gestellten Sitze gewinnen können. Nur um den Eindruck eines Wahlmonopols zu vermeiden, gab sie in Taipei der befreundeten Splitterpartei Qingniandang Stimmen ab und verschenkte sozusagen einen Sitz. Auch der Sieg einer Politikerin der oppositionellen Partei Minjindang in derselben Stadt war dank der "passiven Unterstützung" der Guomindang möglich, d.h. sie hat der Opposition einen Sitz mit Absicht überlassen.

Neben den 22 gewählten Kandidaten hat die Regierung im Dezember noch zusätzlich 10 Mitglieder des Kontrolllyuan aus den Überseechinesen ausgewählt. Einschließlich derjenigen, die 1948 auf dem chinesischen Festland gewählt wurden, hat der Kontrolllyuan z.Z. insgesamt 69 Mitglieder. -ni-

\*(41)

#### Spitzenzollsatz auf 57,5% gesenkt

Der Gesetzgebungslyuan hat am 30. Dezember 1986 die Teilnovellierung der Zolltarife verabschiedet. Insgesamt sind 1.843 Warenpositionen betroffen, darunter 13 Zollbefreiungen, 1.699 Zollsenkungen, 6 Zollerhöhungen und andere Veränderungen. In dem novellierten Gesetz ist der höchste Zollsatz von 67,5% auf 57,5% herabgesetzt worden, eine Ausnahme bildet der höchste Zollsatz für Schwerfahrzeuge mit 58% (ZYRB u. LHB, 31.12.86).

Bei den Zollsenkungen handelt es sich in erster Linie um die Fortsetzung der bereits 1978, 1981 und 1986 den Amerikanern gegenüber sowie 1986 den Europäern gegenüber begonnenen Verringerung der Tarife. Zudem sind die Importzölle für 105 Warenarten wie Aale, Bananen, Tee, Textilien, Computer, Fahrräder, Ventilatoren, Radios, Spielzeuge usw., von denen Taiwan selbst sehr viel exportiert, herabgesetzt worden. Nach oben korrigiert wurden die Zollsätze für Kraftfahrzeuge, deren Einzelteile und Zubehör, Stahlprodukte und Brennstoffe.

Durch die Zollsenkung wird die Regierung nach offizieller Einschätzung jährlich 3,5 Mrd.NT\$ (z.Zt. 35 NT\$=1 US\$) an Einnahmen einbüßen. Aber die Statistiken über das abgelaufene zweite Halbjahr 1986 beweisen, daß die Senkung der Importzölle infolge der Einfuhrzunahmen eine Einnahmesteigerung von 26% gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres brachte. Für das ganze Fiskaljahr 1987 (bis Ende Juni 1987) sollen die Zolleinnahmen mit 68,3 Mrd.NT\$ um 13% oder 8 Mrd.NT\$ über der im Budget vorgesehenen Summe liegen. Daher überlegt das Finanzministerium, im kommenden Jahr die Importzölle für Konsumgüter und Agrarprodukte um weitere 5-6 Mrd.NT\$ zu senken (LHB, 22.1.87).

Der Direktor des Außenhandelsbüros, C.T. Wu, sagte, daß sein Büro zur weiteren Einfuhrerleichterung dem Wirtschaftsministerium eine Liste mit 4.500 Warengattungen zur Diskussion unterbreiteten wolle. werde?). Es werde auch überlegt, die importbehindernden Abgaben wie Hafensteuern oder Gebühren für Importbescheinigungen abzuschaffen (Central News Agency, 23.1.87). -ni-

## Hongkong und Macau

\* (42)

### David Wilson zum neuen Gouverneur von Hongkong ernannt

Die britische Regierung hat am 16. Januar David Wilson (51) zum neuen Gouverneur Hongkongs ernannt. Er ist der Nachfolger von Edward Youde, der am 5. Dezember 1986 bei einem Besuch in Beijing starb (C.a., Dezember 1986, S.771, U46).

Der neue Gouverneur gilt als Kenner Chinas und Hongkongs. 1960-1962 lernte er an der Universität Hongkong zwei Jahre lang Chinesisch. Danach diente er zunächst als Dritter, dann als Zweiter Sekretär bei der britischen Botschaft in Beijing. Von 1968 bis 1974 arbeitete Wilson als Chefredakteur der renommierten englischsprachigen Zeitschrift "China Quarterly" in London. Zwischen 1977 und 1981 war er politischer Berater des damaligen Gouverneurs von Hongkong, Murray MacLehose. Vor seiner Ernennung zum Gouverneur von Hongkong hatte Wilson das

Amt des Stellvertretenden Unterstaatssekretärs (assistant under secretary) beim britischen Außenministerium inne und war zuständig für Asien und die pazifische Region. Darüber hinaus war er an den Verhandlungen zur chinesisch-britischen Vereinbarung von 1984 über die Zukunft Hongkongs beteiligt und war danach Leiter der britischen Delegation bei der "chinesisch-britischen gemeinsamen Liaisongruppe", die jährlich dreimal tagt, mit der Aufgabe, eine reibungslose Rückgabe Hongkongs an China im Jahr 1997 zu ermöglichen.

Im Hinblick auf seine erwähnten Berufserfahrungen wurde die Ernennung Wilsons zum neuen Gouverneur Hongkongs in Großbritannien allgemein als eine gute Entscheidung gewertet. Sie wurde von chinesischer Seite ebenfalls begrüßt. Die Chinesen bezeichnen den neuen Gouverneur als einen "alten Freund". Die Reaktionen in Hongkong sind jedoch gemischt. Einerseits wird Wilson zwar als Hongkong-Kenner geschätzt, andererseits gibt es aber auch Bedenken, da er bis zu seiner jetzigen Ernennung nicht zu den Spitzendiplomaten im Außenministerium gehört und daher bislang kaum direkten Kontakt mit den führenden Politikern in London oder Beijing gehabt hatte. Erst kurz vor seiner Ernennung zum Gouverneur von Hongkong wurde ihm der Titel "Sir" für die unterste Adelsstufe (Knight) verliehen. Obendrein glaubt man, daß ein Gouverneur mit der Laufbahn eines Berufsdiplomaten in erster Linie an die britischen, nicht aber an die Interessen Hongkongs denken dürfte (DGB, 18.-19.1.87; TKB, 22.-28.1.87; Financial Times, 17.1.87; FEER, 29.1.87).

Wilson ist der 27. Gouverneur Hongkongs und, da die Kolonie in zehn Jahren an China zurückgegeben wird, sehr wahrscheinlich auch der letzte. Voraussichtlich wird er Anfang April sein Amt in Hongkong antreten.

Neben dem des Gouverneurs wird auch ein anderer wichtiger Posten in Hongkong neu besetzt: Richard Clift (53) löst John Boyd als politischen Berater des Gouverneurs ab. Wie Wilson war auch Clift ein China-Experte im britischen Außen-

ministerium: 1958-1960 und 1974-1976 arbeitete er in der britischen Botschaft in Beijing; 1979-1984 war er Leiter der Abteilung für Hongkong im Außenministerium (TKB, 1.-7.1.87). -ni-

\* (43)

### Rückgabe Macaus an China 1999

Zur Erörterung der Macau-Frage machte der portugiesische Staatssekretär im Außenministerium, Azevedo Soares, vom 19.-22. Januar einen viertägigen Arbeitsbesuch in der VR China. Sein Gesprächspartner war der chinesische stellvertretende Außenminister Zhou Nan. Am Ende des Besuches wurde zwar kein Kommuniqué veröffentlicht, doch sprachen beide Seiten von Fortschritten bei der Lösung der Macau-Frage.

Seit Juni vorigen Jahres finden die chinesisch-portugiesischen Verhandlungen statt. Die Rückgabe Macaus ist nicht umstritten, doch gibt es Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Seiten über den Zeitpunkt der Rückgabe. Während Beijing Macau unbedingt noch vor Ende dieses Jahrtausends zurückhaben möchte, tritt Lissabon für ein späteres Datum ein. Schließlich hat Lissabon laut Bericht des portugiesischen Rundfunks am 6. Januar 1987 auf einer Sitzung des Staatsrats beschlossen, den Transfer des Territoriums dem Wunsch Beijings entsprechend 1999 durchzuführen. Staatssekretär Soares soll dies der chinesischen Regierung bei seinem Besuch übermittelt haben.

Ein weiterer Punkt, über den es während der Verhandlungen Meinungsverschiedenheiten gab, ist die Frage der Nationalität der Bewohner von Macau, die meistens ethnisch Chinesen sind, aber einen portugiesischen Paß haben. Beijing lehnt prinzipiell eine Doppelnationalität ab.

Es wird erwartet, daß die Verhandlungen noch im ersten Halbjahr 1987 abgeschlossen werden können. Aus diplomatischen Kreisen verlautete sogar, daß der portugiesische Ministerpräsident Cavaco Silva noch im März diesen Jahres zur Unterzeichnung einer endgültigen Vereinbarung über die Macau-Frage nach China reisen werde (DGB, 2.-24.1.87; AWSJ, 8.1.87; The Guardian (Birma), 3.u.9.1.87; Lisbon International Service, 22.1.87; AP, 7.1.87). -ni-